

NATIONALRAT

Vertraulich

KOMMISSION FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

T o u r d ' h o r i z o n

(Sitzung vom Freitag, den 30. April 1976)



(Stand am 23. April 1976)

T O U R D ' H O R I Z O N

ITALIEN

Italien hat in den letzten Wochen einen unruhigen, aufgewühlten Anblick geboten, das Bild eines Landes, das über seine Zukunft im Ungewissen ist. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich weiterhin (Abnahme des BNP, beschleunigte Talfahrt der Lira, Ansteigen der Arbeitslosigkeit), und die Spannungen verschärften sich noch mit der Zunahme der Arbeitsniederlegungen und der Gewaltakte. Die Regierung wie auch das Parlament haben sich als unfähig erwiesen, die unerlässlichen Massnahmen zu ergreifen.

Es scheint, dass die ehemaligen Partner der Mitte-Links-Koalition alle ihre Kräfte in internen Streitigkeiten aufgezehrt haben. Dies konnte man während der verschiedenen Parteitage feststellen, welche kurz nacheinander die Sozialisten, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten abgehalten haben. Keiner dieser Parteien ist es gelungen, ein umfassendes Aktionsprogramm auszuarbeiten.

Die Sozialisten, die bis anhin das Ueberleben der Einparteien-Regierung des Christdemokraten Aldo Moro durch Stimmenthaltung im Parlament ermöglichten, taten ihre Vorliebe für eine Volksfront mit den Kommunisten offen kund. Letztere schienen bis jetzt nicht von ihrem Ziel des "Historischen Kompromisses" mit der DC abzuweichen. Doch die Sozialisten lehnen den "Historischen Kompromiss" entschieden ab, da er sie auf den zweiten Platz verweisen würde. Die DC versuchte eine Rückkehr zum "Centro-Sinistra", doch dies stiess bei den Sozialisten ebenfalls auf Ablehnung. Man befand sich daher in einer Sackgasse, als durch die Debatte über

den Schwangerschaftsabbruch die Krise ausgelöst wurde. Um diesen Entwurf, der ihnen zu weitgehend schien, blockieren zu können, mussten sich die Christdemokraten gegen alle anderen Parteien mit den Neofaschisten verbünden. Der alte Gegensatz zwischen "christlichen" und "laizistischen" Kräften hat sich wieder aufgetan und führt jetzt wohl zu vorzeitigen Neuwahlen. Zuvor hatte eine Reihe von Verhandlungen, in denen die Kommunisten ihr Interesse am Ueberleben der Regierung Moro bekundeten, mit einem Misserfolg geendet. Die KPI hatte sich bereit erklärt, Moro offiziell und zu ihren Bedingung bis ans Ende der Legislaturperiode zu unterstützen. Es fällt nicht allzu schwer zu verstehen, warum die Kommunisten vorzeitige Neuwahlen zu vermeiden suchten. Von Wahl zu Wahl hat sich die KPI immer mehr dem Status einer Regierungspartei genähert. Eine Uebereinkunft mit den Christdemokraten hätte den vorletzten Schritt auf dieses Ziel hin bedeutet. Danach wäre es für die Christdemokraten schwierig gewesen, eine Wahlkampagne mit dem Ziel zu führen, den Kommunisten den Einzug in die Regierung verwehren zu wollen.

Heute wird man gerade diese Art von Wahlkampf erwarten dürfen. Nach den Regional- und Gemeindewahlen vom 15. Juni 1975, die den Christdemokraten 35.3% und den Kommunisten 34.3% Wähleranteil brachten, entstand eine Pattsituation. Dies muss sich zwar auf nationaler Ebene nicht unbedingt wiederholen, denn hier könnte sich unter Umständen ein konservativer Reflex zugunsten der DC auswirken. Ein Erstarren der DC könnte die Sozialisten sogar dazu bringen, wieder die frühere Allianz einzugehen, und könnte zu einer Neuauflage der Mitte-Links-Koalition führen. Sollten aber die Wahlen den Zuwachs der Kommunisten bestätigen und ihren Gewinn womöglich noch ausweiten, so dürfte die DC sich kaum einer Verständigung mit den Kommunisten entziehen, immer vorausgesetzt, dass die letzteren daran noch interessiert sind.

Diese Verständigung müsste aus mehreren Gründen nicht unbedingt die Form des "Historischen Kompromisses" nach Berlinguers Vorstellungen haben. Einmal ist es möglich, dass Druck von aussen, im Speziellen von seiten der USA, die KPI zu einer begrenzteren Form der Zusammenarbeit bewegt. Sie würde sich dann auf eine dauernde parlamentarische Unterstützung der Regierung beschränken, die ihrerseits die Kommunisten vor allen Entschieden zu konsultieren hätte. Für diese Hypothese spricht die Tatsache, dass sie der KPI einen gewissen Einfluss auf die Regierungspolitik verschaffen würde, ohne sie gleichzeitig mit der Verantwortung der Machtausübung zu belasten. Die KPI würde sich also mit der Form von Zusammenarbeit begnügen, die sie erst vor kurzem angeboten haben, um vorzeitige Neuwahlen zuvorkommen. Der "Historische Kompromiss" ist eine Formulierung die vielerlei Zweideutigkeiten in sich birgt. Im besonderen ist es nicht klar, ob die KPI bereit ist, ihn als eine der unzähligen parlamentarischen Kombinationsmöglichkeiten zu betrachten, welche die italienische Politik seit Kriegsende geprägt haben, und die dadurch gekennzeichnet sind, dass sie ohne grosse Umstände durch andere Kombinationen ersetzt werden können.

Wahrscheinlicher ist, dass die KPI diesen Kompromiss für eine Etappe zur Erreichung ihres Zieles hält. Dieses Ziel ist die Verwirklichung einer klassenlosen Gesellschaft auf dem Weg über eine sozialistische Umgestaltung des Landes.

Erklärungen, die Enrico Berlinguer vor einigen Jahren abgegeben hat, deuten in diese Richtung. An sich scheint die Zustimmung zur italienischen Mitgliedschaft in der NATO und in den EG im "Historischen Kompromiss" enthalten zu sein. Doch könnte diese Zustimmung sehr wohl je nach Wahlresultat rückgängig gemacht werden oder auch den Wechselfällen der kommenden Zeit, die für Italien sehr schwierig zu werden verspricht, zum Opfer fallen.

ARGENTINIEN

Den militärischen Staatsstreich hat General Videla am Ende einer lange andauernden Krise der staatlichen Institutionen und der Wirtschaft Argentiniens ausgelöst. Wie schon viele Male seit dem Krieg bedrängten Gegensätze und Schwierigkeiten noch zu Lebzeiten von General Peron dieses Land, das doch über alle natürlichen Voraussetzungen verfügt, um seinen Bewohnern ein Wohlergehen zu gewährleisten. Bereits wenige Wochen nach dem Ableben Perons zeigte es sich, ohne dass man darob besonders erstaunt gewesen wäre, dass seine Witwe nicht die nötigen Fähigkeiten besass, die Herrschaft über das Land auszuüben. Doch fiel immer noch ein Abglanz des Charisma ihres Gatten, bzw. seiner ersten Frau Evita, welche die argentinischen Peronisten noch heute überschwänglich verehren, auf sie.

Gerade weil der Peronismus noch in weiten Kreisen der Bevölkerung, besonders in den Arbeiterorganisationen, starken gefühlsmässigen Widerhall weckte, liessen die argentinischen Militärs, die seit langem zu einem Eingreifen entschlossen waren, das in schwache Frauenhände geratene peronistische Regime seinen Weg bis zum Ende gehen.

Die Offiziere haben, nachdem die Staatsführung Frau Perons und ihrer Ratgeber jeden Kredit verloren hatte, die Beseitigung der Regierung mit Umsicht und Methode betrieben. Die Vorbereitungen zum Staatsstreich wurden ungehindert in aller Offenheit getroffen, was die Militärs in ihrer Gewissheit bestärkte, der Machtwechsel werde keine Gegnerschaft finden. Die Gewaltanwendung wurde auf ein Mindestmass beschränkt und ein Blutvergiessen vermieden.

Mit diesem Vorgehen ist man zudem der Entstehung eines peronistischen Mythos zuvorgekommen, wie er sich nach der Absetzung Perons im Jahre 1955 breit gemacht hatte. Es bleibt jetzt abzuwarten, ob das Scheitern der Erben General Perons seine eher nebelhafte Doktrin, die er unter dem Namen Justizialismus verkündet hatte, ebenfalls zu Fall bringen wird.

Zur Zeit löst die Junta den peronistischen Machtapparat auf und säubert die Verwaltung, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stossen. Die Verbände und die Schlüsselstellungen der Wirtschaft sind unter militärische Kontrolle gestellt worden. Zahlreiche Vertreter des gestürzten Regimes werden des Machtmissbrauchs, der Korruption und der Subversion angeklagt. Sie sollen in Kürze vor Gericht gestellt werden.

Allein die Streitkräfte waren im Stande, das durch den Zerfall der peronistischen Macht entstandene Vakuum auszufüllen, denn in den letzten Jahren schritt der Verfall der politischen Parteien immer stärker fort, und diese waren nicht mehr handlungsfähig. Die neue Militärregierung hat denn auch sofort einen straff organisierten Machtapparat geschaffen, wobei die Funktionen des Staatschefs, des Juntavorsitzenden und des Oberbefehlshabers der Streitkräfte in einer Hand vereinigt bleiben. Andererseits fällt auf, dass General Videla die Schlüsselstellen in der Regierung raschmöglichst mit Zivilisten besetzen will.

Der technokratische Charakter des Regimes wird bei der Reorganisation des Wirtschaftsministeriums besonders deutlich. Der starke Ausbau dieses Ressorts zeigt an, wo die Junta ihre Prioritäten setzt. Die Militärregierung sieht sich hier vor einer schweren Aufgabe angesichts der Inflation, die letztes Jahr über 500% betrug und angesichts der zunehmenden Auslandverschuldung, der Rezession, der Arbeitslosigkeit und des fehlenden Gleichgewichts des Staatshaushaltes. Die ersten Massnahmen des Regimes zeigen, dass die Privatwirtschaft wieder aufgewertet und das Land für das ausländische Kapital geöffnet werden soll.

Auf kurze Sicht stehen die Aussichten auf eine Besserung der Wirtschaftslage schlecht. Im Gegenteil, die Stabilisierungsmassnahmen dürften die Rezession noch verstärken. General Videla hat die Argentinier zur Arbeit und zum vollen Einsatz aufgefordert. Es ist jedoch fraglich, ob das Volk das notwendige Verständnis aufbringen kann, und man kann ein Anwachsen der sozialen Spannungen nicht ausschliessen. Der Terrorismus, der in den letzten Monaten Hunderte von Opfern gefordert hat, wütet weiter.

Die Junta hat sich bisher durch Mässigung und Zurückhaltung ausgezeichnet. Sie hat auf die Anwendung unnützer Machtentfaltung verzichtet. Auch hat sie, soweit dies bekannt ist, die elementaren Grundrechte respektiert, doch könnte sie sich bald einer gefährlichen Lage gegenübersehen.

Eine Verhärtung der Staatsführung wäre dann naheliegend. Dies würde jedoch die Gefahr einer Gewalteskalation heraufbeschwören. Neben den linksextremen Terroristengruppen der Montoneros und des ERP ("Ejercito Revolucionario del Pueblo") gibt es auch in Argentinien Offiziere, die sich dem Regime General Pinochets nahe fühlen und auch die in Chile angewandten Methoden befürworten. Dies könnte schliesslich zu einem Bürgerkrieg führen. In dieser Situation scheint es, dass es für den Westen von grossem Interesse ist, der Junta in ihren schwierigen Bemühungen um die Beseitigung der Ueberreste des Peronismus und in ihren Anstrengungen um den Wiederaufbau des Landes hilfreich beizustehen.

SUEDLICHES AFRIKA

Die politische Entwicklung im südlichen Afrika hat sich in letzter Zeit zweifellos stärker beschleunigt als in irgend einer anderen Weltgegend. Seit sich die Portugiesen nach dem Staatsstreich vom 25. April 1974 überstürzt aus ihren Kolonien zurückgezogen haben und nachdem in Angola und Mozambique revolutionäre Bewegungen die Macht übernommen haben, stehen die weissen Siedler und deren Minderheitsregimes unter vermehrtem Druck der schwarzen Mehrheit. Bis anhin hatten sie deren Forderungen kaum zur Kenntnis genommen und glaubten, sie müssten sich mit ihnen vor der Jahrhundertwende nicht ernsthaft auseinandersetzen.

Gleichzeitig haben das Eingreifen kubanischer Streitkräfte und die umfangreichen sowjetischen Waffenlieferungen an die angolischen Revolutionäre die amerikanisch-sowjetische "Détente" in einem ungewissen Licht erscheinen lassen und die Frage nach einer Offensive kubanischer Truppen gegen die weissen Minderheitsregierungen mit allen politisch-militärischen Aspekten, die sich daraus ergeben könnten, aufgeworfen.

Heute gibt es in dieser Gegend vor allem drei Unruheherde: Rhodesien, Namibia und Südafrika. Seit die Regierung Ian Smith im Jahre 1965 einseitig die Unabhängigkeit Rhodesiens erklärte, um einer Machtübergabe an eine schwarze Mehrheitsregierung zuvorzukommen, hat Grossbritannien, das sich immer noch rechtlich für seine frühere Kolonie verantwortlich fühlt, mit Druck und Verhandlungen versucht, die weissen Siedler zu zwingen, eine schwarze Mehrheitsregierung anzunehmen. Indessen haben weder die Sanktionen der UNO, die kürzlich verschärft und ausgeweitet wurden, noch

die Verhandlungen, die wiederholt mit Ian Smith geführt worden waren, Grossbritannien zum Ziel geführt. Grossbritannien hat sich immer geweigert, gegen die rhodesischen "Rebellen" Gewalt anzuwenden. Die verhältnismässig schwachen Guerillabewegungen, die innerhalb der Landesgrenzen operierten, waren nicht in der Lage, die rhodesische Armee ernsthaft zu bekämpfen, und die Sanktionen der UNO konnten über südafrikanisches und portugiesisches Gebiet leicht umgangen werden. Aus diesen Gründen haben sich die weissen Rhodesier bis zum Fall der Regierung Chabangu in einem trügerischen Gefühl der Sicherheit gewiegt, das vielerorts, und nicht zuletzt auch in Europa, mit einem Gefühl der Legitimität verwechselt wurde.

Der Umsturz in Portugal und dessen Folgen haben Ian Smith dazu gebracht, unter dem Druck des südafrikanischen Ministerpräsidenten Vorster und des sambischen Staatschefs Kaunda Kontakte mit den gemässigeren schwarzen Führern Rhodesiens zu suchen. Die Übereinstimmung in der Haltung dieser beiden Staatsmänner, die sich in ihren politischen Auffassungen und in ihrem Werdegang wesentlich unterscheiden, verdient, hervorgehoben zu werden. Die progressive Haltung der Bewegung der Streitkräfte Portugals liess beide fürchten, dass in den ehemaligen portugiesischen Kolonien Extremistengruppen an die Macht gelangen könnten, die sich keinen Deut um die Erhaltung des Friedens und des Gleichgewichts in dieser Region kümmern würden. Ian Smith bewies nicht viel guten Willen in seinen Gesprächen mit den schwarzen Führern. Nach der ersten Zusammenkunft bei den Viktoriafällen fand er dann nur noch Joshua Nkomo, den Vertreter des gemässigten Flügels der ANC (African National Council) als Gesprächspartner. Auch die Ereignisse, die seit der Unabhängigkeitserklärung Angolas vom 11. November 1975 eingetreten sind, haben Ian Smith nicht zur Aufgabe seiner Position, welche die Aufrechterhaltung der weissen Vorherrschaft in Rhodesien für Jahrzehnte vorsieht, bewegen können. Am 19. März dieses Jahres hat Joshua Nkomo auf die Fortsetzung der Gespräche verzichtet, nachdem er von andern Vertretern der schwarzen Mehrheit Rhodesiens heftig angegriffen worden war.

Möglich, dass es sich dabei nicht um sein letztes Wort gehandelt hat, doch für Rhodesien hat sich die Lage weiter verschlimmert. Am 3. März schloss Samora Machel, der Präsident von Mozambique, die Grenzen seines Landes zu Rhodesien und im speziellen die Eisenbahn, die nach Beira zum Indischen Ozean führt. Der Präsident von Botswana, Seretse Khama, will es ihm jetzt gleich tun, ungeachtet der Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, dass die Eisenbahn seines Landes rhodesisches Eigentum ist.

Zwar wiegt die verschleierte Kriegserklärung Mozambiques an Rhodesien nicht schwer, zumal sich die Guerillatätigkeit entlang der Grenze nur wenig verstärkt hat; doch gilt es zu beachten, dass sich bei einem Eingreifen der in Angola stationierten kubanischen Truppen die Lage der Regierung Ian Smith beträchtlich verschlechtern könnte. Noch sind die Absichten Fidel Castros vollkommen ungewiss. Doch haben die Vereinigten Staaten bereits vor jeder Einmischung dieser Art gewarnt. Was die USA in einem solchen Fall unternehmen würden, weiss man aber nicht.

Hingegen weiss man, dass die Nachbarn Rhodesiens (Sambia, Tansania, Mozambique) einen Einsatz der kleinen kubanischen Armee keinesfalls wünschen, und sei es nur in Anbetracht ihrer guten Beziehungen zu China, das die Vorgänge in Angola deutlich missbilligt hat.

Die zukünftige Haltung dieser Regierung gegenüber den Befreiungsbewegungen in Rhodesien wird zweifellos stark von der Fähigkeit der Regierung Smith abhängen, die heutigen Realitäten anzuerkennen.

In London wünscht man, dass Ian Smith weiter an der Macht bleibt. Ihm traut man als Einzigem die Fähigkeit zu, die weissen Rhodesier vielleicht zu einer Anerkennung einer schwarzen Mehrheit zu bringen. Dies ist die letzte Möglichkeit, ein Blutvergiessen zu vermeiden; allein die Tage sind gezählt. Falls sich Ian Smith zu

Verhandlungen bereit fände, wäre eine befristete Rückkehr Rhodesiens unter die Oberhoheit Grossbritanniens möglich. Zwar würde das nichts am Wechsel zu einer schwarzen Regierung und an einer tiefgreifenden Aenderung der Wirtschaft ändern, doch könnte sich ein solcher Uebergang in Ruhe und möglicherweise auf mehrere Jahre erstreckt vollziehen.

Südafrika, das Namibia (Südwestafrika) aufgrund eines Völkerbundmandates verwaltet, hat sich erst spät dazu entschlossen, die vollständige Unabhängigkeit dieses Landes vorzubereiten. Zuvor hatte es sogar eine Annexion vorgesehen. Nun tagt eine Verfassungskonferenz in Windhoek. Delegiert wurden die Vertreter der verschiedenen Stammesgruppen, die das Gebiet bewohnen. Bis heute hat diese Versammlung keine Resultate erbracht. Im Juni soll sie ihre Arbeit wieder aufnehmen. Nach südafrikanischen Vorstellungen dürfte die Unabhängigkeit nicht vor drei Jahren Wirklichkeit werden. Die wichtigste politische Organisation der einheimischen Bevölkerung, die SWAPO (South West Africa Peoples Organisation), die keinen Stammescharakter aufweist, war in Windhoek nicht vertreten. Sie verhandelt nur mit den Vereinten Nationen, die, wie man weiss, das Mandat Südafrikas über Namibia beendet und einen besonderen Rat zur Verwaltung Namibias geschaffen haben. Es ist offensichtlich, dass Südafrika Südwestafrika unter der Form von "Home Lands", wie dies in Südafrika selbst geschieht, zur Unabhängigkeit führen will. Die SWAPO hingegen verteidigt die Einheit Namibias.

Nach dem Misserfolg der südafrikanischen Intervention in Angola, deren Ende durch ein stillschweigendes und undurchsichtiges Abkommen mit der Regierung Neto betreffend das Los der Einrichtungen der Grenzkraftwerke und durch die Verurteilung Südafrikas durch den Sicherheitsrat markiert wurde, kann man sich fragen, wie weit Angola eventuell mit kubanischer Unterstützung die Umtriebe in Namibia, wo bereits Gruppen der SWAPO operieren, aktivieren will. Agostinho Neto wird sich hier ohne Zweifel von den gleichen Ueberlegungen leiten lassen, die seine Einstellung gegenüber Rhode-

sien bestimmen. In Südafrika selbst scheinen die Auswirkungen sehr schwerwiegend zu sein. Nach dem Sturz des autoritären portugiesischen Regimes hat sich Vorster um die Verbesserung seiner Beziehungen zu den schwarzafrikanischen Führern bemüht. Er hatte damit auch einen gewissen Erfolg dank der Tatsache, dass Staatsmänner wie Houphouet-Boigny die Politik des Boykotts und der Nadelstiche, welche die OAU bis anhin geführt hatte, für verfehlt hielten. Houphouet-Boigny war der Ansicht, man könne, indem man Südafrika helfe, aus seinem Ghetto herauszukommen, das Schicksal der Opfer der Apartheid-Politik verbessern und auf lange Sicht sogar den Abbruch dieser Politik herbeiführen. Auch heute kann man noch nicht wissen, ob Vorster nur die guten Absichten seiner Gesprächspartner ausnützen will, oder ob er tatsächlich willens ist, auf ihre Ideen einzugehen, sei es auch nur teilweise. So sind die gemässigten Staatsoberhäupter Afrikas zur Zeit mehr denn je davon überzeugt, dass Südafrika sein Gesellschaftssystem total umgestalten muss. Ausser einer kleinen liberalen Minderheit scheinen die politischen Parteien und die öffentliche Meinung des weissen Südafrikas keineswegs bereit, solche tiefgreifende Veränderungen in Betracht zu ziehen. In der Zwischenzeit fördert man die Errichtung der Bantustans und will sogar in nächster Zeit einem dieser Bantustans, der Transkei, die Unabhängigkeit geben. Auch hier bleibt nur noch eine kurze Zeitspanne, um die relative Ruhe, die unter der schwarzen Bevölkerung weiterhin herrscht, zu nutzen.

Der Westen verfolgt mit Besorgnis die Entwicklung in diesen rohstoffreichen Gebieten, die von grossem strategischen Wert sind und wo sich viele ihrer Angehörigen ein Heim geschaffen haben. Er hat in den letzten Jahren gegenüber Südafrika eine zwiespältige Haltung eingenommen. Zwar hat er sich den zahlreichen Verurteilungen, die sich gegen die Regierung in Pretoria richteten, nicht widersetzt, den Empfehlungen der Generalversammlung der UNO betreffend wirtschaftliche Massnahmen gegen Südafrika wurde aber keine Folge geleistet. Im grossen Ganzen hat der Westen von Waffenlieferungen

abgesehen. Die Kapitalausfuhr nach Südafrika wurde dagegen nicht unterbunden und der Auswanderung in dieses Land wurden keine Hindernisse in den Weg gellegt.

Die westlichen Regierungen haben es weiter auch nicht für zweckmässig angesehen, auf die südafrikanische Regierung Druck auszuüben, um sie zu einer Aenderung der Apartheid-Politik zu veranlassen. Möglicherweise wird die drohende Gefahr sie heute ein wenig aktiver werden lassen.

Die Notwendigkeit von Reformen ist auch hier unübersehbar. Die Lage unterscheidet sich allerdings von derjenigen in Rhodesien einmal aufgrund des grossen Anteils der Weissen an der Gesamtbevölkerung und zum andern angesichts der gut ausgebauten wirtschaftlichen Struktur, welche die gemässigten schwarzen Führer nicht aufs Spiel setzen wollen.

DIE SONNENFELDT DOKTRIN

Seit langem wird die öffentliche Meinung Amerikas durch Enthüllungen aller Art über die amerikanische Aussenpolitik und die Machenschaften der grossen Konzerne im Ausland in Atem gehalten. Zur Zeit, während des Wahlkampfes werden solche Enthüllungen jedoch besonders von den Präsidentschaftskandidaten benutzt. Diese Indiskretionen haben dazu beigetragen, der amerikanischen Aussenpolitik eine zentrale Stellung in der Wahlkampagne einzuräumen.

Die Kritiken der Rivalen Fords richten sich indessen weniger gegen den Präsidenten als gegen seinen Staatssekretär, Henry

Kissinger, dessen Ideen und Stil in der amerikanischen politischen Landschaft immer etwas exotisch angemutet haben.

Zwar werden kaum diese Ideen an sich angegriffen, denn sie beruhen auf sehr eingehenden Studien der Geschichte der Diplomatie und auf einer direkten Erfahrung, um die ihn viele Verhandlungspartner beneiden könnten. Man befasst sich vielmehr mit den klaren Misserfolgen seiner Politik und zieht ihn in gewissen Fragen, wofür die amerikanische öffentliche Meinung besonders sensibel ist, zur Rechenschaft.

Henry Kissinger, wie auch übrigens Präsident Ford, ist daran nicht ganz unschuldig, denn seine zahlreichen und oft gewundenen Erklärungen haben nicht immer dazu beigetragen, die Dinge, die zur Diskussion gestellt wurden, zu klären.

Es muss jedoch festgehalten werden, dass die Gegner Henry Kissingers in ihren systematisch abgefassten Kritiken Widersprüche nicht vermieden haben.

So wurde Henry Kissinger der Nachgiebigkeit gegenüber der UdSSR bezichtigt, und zwar besonders in Fragen der Verteidigung. Während der Kongress, woher ein grosser Teil dieser Vorwürfe stammte, ihm die Mittel verweigerte, mit denen er sich den militärischen Expansionsbestrebungen Nord Vietnams und Kubas hätte entgegenstellen können.

Dieses Paradoxon lässt sich aus der Amerika-zentrischen Betrachtungsweise der politischen Klasse der USA erklären. In dieser Betrachtungsweise verbindet sich die Absage an ein Engagement im Ausland sehr wohl mit der Idee von einem Ausbau der strategischen Verteidigung, was den USA einen dauernden Vorsprung gegenüber der UdSSR sichern würde.

Kissinger selbst hat im Dezember 1975 in vertraulichen Erklärungen, die eben erst publiziert worden sind, diese Trugschlüsse in glänzender Manier zurückgewiesen.

Die europäischen "Verbündeten" der UdSSR, mit denen manche Kongressabgeordnete durch ihre Abstammung verbunden sind, oder deren entsprechenden nationalen Minderheiten in ihrem Wahlkreis sie ihren Sitz verdanken, bilden ein anderes Thema, das in den USA immer sehr lebhaft Diskussionen hervorruft.

Daher rührt auch die Heftigkeit, mit der man auf das Bekanntwerden einiger Aeusserungen reagierte, die im Laufe einer geheimen Zusammenkunft der amerikanischen Botschafter in Europa vom vergangenen Dezember in London gemacht wurden, an der Kissinger seine früher zitierten Erklärungen abgab. Diese Aeusserungen erhielten sogleich die ein wenig hochtrabende Bezeichnung "Sonnenfeldt Doktrin".

Helmut Sonnenfeldt, der Autor dieser Ausführungen, gilt als der glänzendste Mitarbeiter Kissingers. Er wird den Staatsdienst in nächster Zeit quittieren, um seine akademische Tätigkeit wieder aufzunehmen. Seine engen Bindungen an Kissinger erlauben es, durch Angriffe auf seine Person den Staatssekretär und damit indirekt den Präsidenten zu treffen. Man schlägt den Sack und meint den Esel.

Was hat Helmut Sonnenfeldt eigentlich gesagt? Die Sowjetunion hat es in den 30 Jahren seit dem 2. Weltkrieg nicht verstanden, mit den Staaten Osteuropas vernünftige, normale Beziehungen aufzubauen, die über eine blosse militärische Vorherrschaft hinausgingen. Die inneren Spannungen, die sich daraus in Osteuropa ergeben, stellen für den Weltfrieden eine grössere Gefahr dar, als die Spannungen, die eine Folge des Ost-West-Gegensatzes sind. Es liegt daher im wohlverstandenen Interesse der USA, eine Politik zu fördern, die es erlaubt, zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten

"organische Beziehungen" aufzubauen. Von den Aussagen Sonnenfeldts lässt sich ableiten, dass er eine solche Politik für die Fortsetzung der Entspannungspolitik hält.

Der Begriff "organische Beziehungen" gab Anlass zu grössten Missverständnissen. Manch einer sah darin eine offizielle Bestätigung der Breschnew Doktrin von amerikanischer Seite. Eine sorgfältige Ueberprüfung des Textes in der authentisch vorliegenden Version zeigt aber klar, dass Sonnenfeldt gerade das Gegenteil gemeint hat. Er erwähnt ausdrücklich Polen und Ungarn als Beispiele für Länder, denen es gelungen ist, sich ein gewisses Mass an Ellenbogenfreiheit gegenüber der Sowjetunion, namentlich im innern Bereich, zu sichern. Auch Rumänien wird als Beispiel aufgeführt, wobei hier allerdings die relative äussere Bewegungsfreiheit gemeint ist, die durch eine straffe Führung im Innern ausgeglichen wird.

Hauptursache der Missverständnisse waren jedoch Sonnenfeldts Bemerkungen über Jugoslawien. Seine Aufforderungen, Belgrad solle sich verständigungswilliger zeigen, wurde als Einladung zu einer jugoslawischen Anpassungspolitik gegenüber der UdSSR verstanden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Sonnenfeldt wollte die Unterstützung Jugoslawiens durch die USA von dessen vermehrten Eingehen auf die Wünsche der Vereinigten Staaten abhängig machen. Dass er keinesfalls eine Rückgliederung Jugoslawiens ins sowjetische Lager anstrebt, geht aus seiner Feststellung hervor, eine solche Entwicklung bedeute "einen wichtigen strategischen Rückschlag für den Westen". Das ist das erste Mal seit langem, dass Washington bekannt gibt, es werde dem zukünftigen Schicksal Jugoslawiens nicht unbeteiligt gegenüberstehen. Es wäre zwar übertrieben, in dieser Feststellung Sonnenfeldts ein konkretes Hilfeversprechen zu sehen, allein, Jugoslawien scheint dadurch ein wenig aus der "Grau-Zone" zwischen Ost und West herauszutreten, deren Grenzen im übrigen von den USA nie genau umschrieben worden sind. Sonnenfeldt hat weiter festgehalten, das Interesse der USA an der Unabhängigkeit Jugoslawiens könne nicht grösser sein als dasjenige der Jugoslawen selber.

So betrachtet stehen die Aeusserungen Sonnenfeldts in keinem Widerspruch zur bisherigen amerikanischen Osteuropa-Politik. Er hat nur die Gefahr in Erinnerung gerufen, welche Ereignisse, wie diejenigen in Ost-Berlin (1953), Budapest (1956), Prag (1968) und Danzig (1970) für den Weltfrieden darstellen. Mit Recht stellt Sonnenfeldt fest, ausser Bulgarien habe sich jedes osteuropäische Land im sowjetischen Einflussbereich das eine oder andere Mal gegen deren Vorherrschaft aufgelehnt.

Dem Sinn und Geist nach hat Sonnenfeldt das Idealbild einer "Finnlandisierung" Osteuropas entworfen. Darin würde den Nachbarn der Sowjetunion eine weitgehende Respektierung ihrer nationalen Souveränität im Innern und Aeussern unter gebührender Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse Moskaus gewährt. Dies ähnelt, wenn auch etwas utopisch verfremdet, jener Idee, welche die westlichen Länder an der KSZE verfolgten, das heisst, den Staaten Osteuropas mehr Spielraum und ihren Bürgern mehr individuelle Freiheit zu verschaffen.

Es wäre grundfalsch, in den Ueberlegungen von Sonnenfeldt eine Kapitulation vor der Idee der Teilung Europas in geschlossene Blöcke zu sehen. Das wäre eine Verneinung des KSZE-Gedankens, der ja eben davon ausgeht, dass Souveränität und Freiheit gesamteuropäische, unteilbare Anliegen sind. Nachdem die ersten Enthüllungen der Thesen Sonnenfeldts zeitlich mit den Warnungen Kissingers vor einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in westeuropäischen Ländern zusammenfielen, deuteten manche dieses zeitliche Zusammentreffen dahin, dass die Vereinigten Staaten versuchten, die Sowjetunion dadurch von einer Einmischung in Westeuropa abzuhalten, indem sie der UdSSR versicherten, sie hätte ihrerseits in Osteuropa von den USA nichts zu fürchten.

Eine solche Absprache hat nie bestanden. Die Erklärungen Sonnenfeldts beweisen vielmehr, dass Washington die Entwicklungen in Osteuropa mit Aufmerksamkeit verfolgt. Der unglücklich gewählte Ausdruck "organische Beziehungen" muss als eine Weiterentwicklung der These Kissingers gesehen werden, wonach die USA nicht jede Machtentfaltung der UdSSR verhindern könnten, hingegen dafür sorgen müssten, dass diese Expansion unter Kontrolle bleibt.

Wir haben, erklärt Sonnenfeldt dazu, die Mittel, die sowjetische Politik zu beeinflussen und ihre Praxis zu ändern. Dies und nichts anderes sei das Ziel der Entspannungspolitik.

DER BESUCH VON BOTSCHAFTER MENDELEWITSCH IN BERN

Einige Tage nachdem die 31. Versammlung der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf von den sowjetischen Vorschlägen auf Einberufung dreier europäischer Konferenzen Kenntnis genommen hatte, erfolgte der offizielle Besuch des sowjetischen Sonderbotschafters Mendelewitsch beim Politischen Departement in Bern. Dabei wurden die sowjetischen Vorschläge näher erläutert. Diese Konferenzen sollten die Bereiche Umweltschutz, Transport und Energie umfassen und im weiteren eine Folge der Konferenz von Helsinki sein. Gleichzeitig befassten sich in Strassburg Experten der 18 Mitgliedstaaten des Europarates auf einem Informationstreffen mit der Durchführung der KSZE-Beschlüsse. Und schliesslich findet Ende April in Helsinki auf Initiative Finnlands eine Zusammenkunft hoher Beamter der vier Neutralen (Finnland, Oesterreich, Schweden, Schweiz) statt, die ebenfalls Themen der KSZE gewidmet ist.

Der Besuch von Sonderbotschafter Mendelewitsch in Bern war eine Etappe seiner Reise, die ihn auch nach Helsinki, Belgrad und Wien geführt hatte. Vier andere Sondergesandte der UdSSR hatten gleichzeitig das übrige Europa bereist. Die sowjetische Initiative, deren eigentliches Ziel unbekannt war, stiess fast überall in Europa auf Misstrauen. Man fragte sich, ob die UdSSR die Belgrader Konferenz in ihrer Bedeutung herabmindern wollte. Diese Konferenz soll im Juni 1977 in Belgrad zusammenkommen, um die Resultate, die in der Anwendung der Schlussakte von Helsinki erreicht wurden, zu überprüfen. Hier und dort hat man den Eindruck, die UdSSR sehe in der Energiekonferenz eine mögliche Kompensation für ihre Nichtteilnahme an der Nord-Süd-Konferenz, die zur Zeit in Paris in sehr ausführlicher Weise ebenfalls das Energieproblem diskutiert.

Was auch immer die Vorstösse des Kreml bezweckt haben mochten, die Wirtschaftskommission für Europa hat inzwischen entschieden, ihre Exekutivsekretär solle zunächst einen Bericht über die sowjetischen Vorschläge erstellen. Dieser Bericht wird bei der nächsten Tagung im Jahre 1977 vorgestellt werden; somit können die von der UdSSR vorgeschlagenen Konferenzen nicht vor der Belgrader Konferenz stattfinden. Die Gefahr einer Verzettelung des "follow up" der KSZE durch die Konkurrenz mehrerer untereinander schlecht koordinierter Tagungen scheint vorerst gebannt.

So hat uns denn weniger interessiert, was uns Mendelewitsch zu der sowjetischen Initiative zu sagen hatte, als das, was er im allgemeinen über die KSZE und die Entspannung ausführte. Zur Durchführung der Akte von Helsinki stellte er mit Nachdruck fest, sein Land betrachte das Dokument als eine Einheit und habe die feste Absicht, es in allen Teilen zu verwirklichen. Dabei erwähnte er besonders die Ankündigung von Manövern - wie bekannt ist, hat die UdSSR die Manöver, die im Januar im

Kaukasus stattgefunden haben, vorschriftsmässig angekündigt - und gewisse Fortschritte im Bereiche des "3. Korbes" (Menschliche Kontakte). Die 10 Prinzipien der KSZE bildeten nach Mendelewitsch nunmehr einen festen Bestandteil der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten. An ihnen dürfe nicht gerüttelt werden, meinte er.

Im weiteren hat der sowjetische Sonderbotschafter uns eingehend über die Verhandlungen betreffend gegenseitigen ausgewogenen Truppenabbau in Europa (MBFR), die in Wien stattfinden, orientiert.

Besonders aufschlussreich waren Mendelewitsch's Ausführungen zum Thema "Entspannung und ideologischer Kampf".

Er wiederholte die Ansicht Breschnews, wonach die Entspannung den ideologischen Kampf keineswegs ausschliesse, sondern vielmehr günstige Bedingungen für dessen Fortführung schaffe.

Weiter traf Mendelewitsch mit listigem Doppelsinn folgende Unterscheidung: Der "ideologische Kampf" habe mit der Entspannung nichts zu tun und könne ihr daher nicht schaden; der "psychologische Krieg" hingegen sei ihr höchst abträglich. Der sowjetische Diplomat liess keinen Zweifel daran aufkommen, dass er unter "psychologischem Krieg" die Bemühungen der westlichen Länder versteht, auf einen Ausbau der Menschenrechte und grössere Informationsfreiheit im Osten hinzuwirken. Vereinfachend könnte man die Aussage Mendelewitsch's folgendermassen zusammenfassen: Das, was wir tun - "ideologischer Kampf" - entspricht der Schlussakte von Helsinki voll und ganz; was aber ihr tut - "psychologischer Krieg" - widerspricht ihr.

Das soll zwar nicht heissen, dass sich die UdSSR den Bestimmungen des "3. Korbes" entzieht. Mendelewitsch machte uns hingegen einmal mehr klar, dass die UdSSR selbst entscheiden will, wie weit die Türe geöffnet werden kann, und dass sie, wie er sich ausdrückte, "den Schlüssel in der Hand behalten möchte". Alles hängt nach ihm vom weiteren Gang der Entspannung ab.

Diese Auffassung entspricht vollauf derjenigen, welche die sowjetische Delegation in Genf vertreten hat. Sie hat uns daher nicht überrascht. Wir haben also nach wie vor keinen Grund zu Illusionen. Doch nehmen wir mit Aufmerksamkeit die vorerst bescheidenen Schritte in Richtung auf eine Besserung wahr.